

EINSCHÄTZUNG

► Was bedeuten die September-Wahlen für demokratisch Engagierte?

September 2026

Im September 2026 fanden in vier Bundesländern Wahlen statt: in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern Landtagswahlen, in Niedersachsen Kommunalwahlen und in Berlin die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen. Bei allen Abstimmungen konnte die extrem rechte AfD Stimmen dazugewinnen, in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern ist sie nun stärkste Kraft. In Magdeburg besteht die Gefahr, dass die AfD in Regierungsverantwortung kommt – und damit erstmals seit der Gründung der Bundesrepublik eine extrem rechte Partei an die Macht.

Was bedeuten die Wahlergebnisse für Menschen, die sich vor Ort gegen Rechtsextremismus und für Demokratie engagieren? Welche Unterstützung brauchen sie jetzt? Wir haben bei unseren Kolleg*innen der Mobilen Beratung in den vier Bundesländern nachgefragt (s. unten).

Was es nach den Wahlen braucht – bundesweit, in Ost- und in Westdeutschland – sind vor allem drei Dinge:

1. Politiker*innen – ob in Regierungsverantwortung oder in der Opposition – müssen klarstellen, dass jede Form von Rechtsextremismus – ob Gewalt auf der Straße oder im Gewand einer vermeintlich demokratischen Partei – mit dem Grundgesetz und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht vereinbar ist.
2. Personen, Organisationen und Institutionen, die sich in diesem Land für Demokratie und damit auch für marginalisierte, von Ausgrenzung und Gewalt betroffene Menschen einsetzen, brauchen konsequente Unterstützung und Schutz.
3. Politik und Verwaltung müssen den Strategien von Polarisierung und Ausgrenzung ein unbedingtes Engagement für gesellschaftlichen Zusammenhalt und gleichwertige Lebensverhältnisse entgegensetzen – im Osten wie im Westen.

” Pascal Begrich, Miteinander e.V. ([Sachsen-Anhalt](#))

„Fast 44 Prozent der Wählerinnen und Wähler in Sachsen-Anhalt haben für eine rechtsextreme Partei gestimmt. Das ist eine historische Zäsur und eine Belastungsprobe für die Demokratie – nicht nur in Sachsen-Anhalt. Eine mögliche AfD-Regierung ist eine ernsthafte Bedrohung für Menschen mit Migrationsgeschichte, Engagierte vor Ort und die Zivilgesellschaft. Die AfD hat es am Wahlabend noch einmal unmissverständlich klargemacht: Die Partei will zivilgesellschaftlichen Trägern – unter anderem der Mobilen und Opferberatung – die Fördergelder entziehen. Sie alle benötigen Zuspruch und konkrete Solidarität: Spenden, Förderungen, Mitgliedschaften.“

” Stefan Kollasch, RAA Demokratie und Bildung [Mecklenburg-Vorpommern e.V.](#)

„Das Wahlergebnis in Mecklenburg-Vorpommern (MV) ist erschreckend und hoffnungsvoll zugleich. Wenn in MV beinahe 4 von 10 Wähler*innen eine rechtsextreme Partei mit politischer Macht ausstatten wollen, verschiebt sich auch im Nordosten Grundlegendes. Die AfD hat in MV rechtsextreme, völkische und neonazistische Personen in ihre Strukturen integriert und gleichzeitig mit einer bürgerlichen Inszenierung eine weitere ‚Normalisierung‘ erreicht. Das starke Abschneiden der SPD ist daher auch mit der Angst vieler Menschen im Nordosten vor einer ‚Blauen Welle‘ zu erklären. Eine kritische und vielfältige Zivilgesellschaft in MV hat immer wieder auf die Gefahren durch die extreme Rechte hingewiesen. Sie wurde dafür delegitimiert, angefeindet und nicht selten mit Gewalt attackiert. Trotzdem ist sie laut geblieben und die fehlende Regierungsoption für die AfD damit auch ein klarer Verdienst von Bündnissen wie "Zusammen Bewegen" und vielen Einzelinitiativen, auch im ländlichen Raum.“

” Matthias Müller, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus [Berlin](#)

„Die Berliner*innen haben überwiegend Parteien gewählt, die eine vielfältige Zivilgesellschaft fördern, und sorgen so für stabile demokratische Mehrheiten. Gleichzeitig feiert die AfD in den Außenbezirken Erfolge: In Marzahn-Hellersdorf wurde sie stärkste Kraft, in Spandau und Reinickendorf holte sie ihre ersten Direktmandate im Westen. Jetzt ist eine inhaltlich begründete Abgrenzung aller Demokrat*innen gegenüber rechtspopulistischen und rechtsextremen Positionen entscheidend. Der Druck auf zivilgesellschaftliche Initiativen und vulnerable Gruppen in den betroffenen Bezirken wird steigen. Diese müssen durch Solidarität, demokratische Präsenz und geteilte Ressourcen praktisch unterstützt werden. Eine sensibilisierte, resiliente Verwaltung nimmt beim Schutz von Strukturen eine Schlüsselposition ein.“

” Jan Krieger, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Niedersachsen

„Demokratisch engagierte Bürger*innen, Ehrenamtliche und lokale Mandatsträger*innen in Niedersachsen müssen damit rechnen, dass ihr Engagement in den Kommunen verstärkt diffamiert, die Finanzierung von Projekten in Frage gestellt wird und sie sich zunehmend für ihren Einsatz rechtfertigen müssen. Zudem ist mit einer Zunahme von Bedrohungen und der Veränderung des politischen Klimas zu rechnen. Umso wichtiger ist es jetzt, dass Menschen in Niedersachsen Haltung zeigen – zum Beispiel in der Schule, im Verein, in Betrieben und Unternehmen. Betroffene, die angefeindet werden, brauchen verstärkt Rückhalt, Unterstützung und Solidarität. Zudem sollten Beratungsstrukturen wie die Mobile Beratung und die Betroffenenberatung finanziell abgesichert werden.“

KONTAKT

✉ kontakt@bundesverband-mobile-beratung.de

☎ 0351 5005416

BUNDESVERBAND MOBILE BERATUNG

Der Bundesverband Mobile Beratung (BMB) ist der Dachverband von rund 50 Mobilen Beratungsteams bundesweit, die zum Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und Verschwörungserzählungen beraten. Wir vernetzen die Teams, organisieren Fachtagungen und stehen als Ansprechpartner*innen für Politik und Medien zur Verfügung.

V.i.S.d.P.:

Grit Hanneforth, Geschäftsführerin des Bundesverbands Mobile Beratung e.V.

Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Demokratie **leben!**